

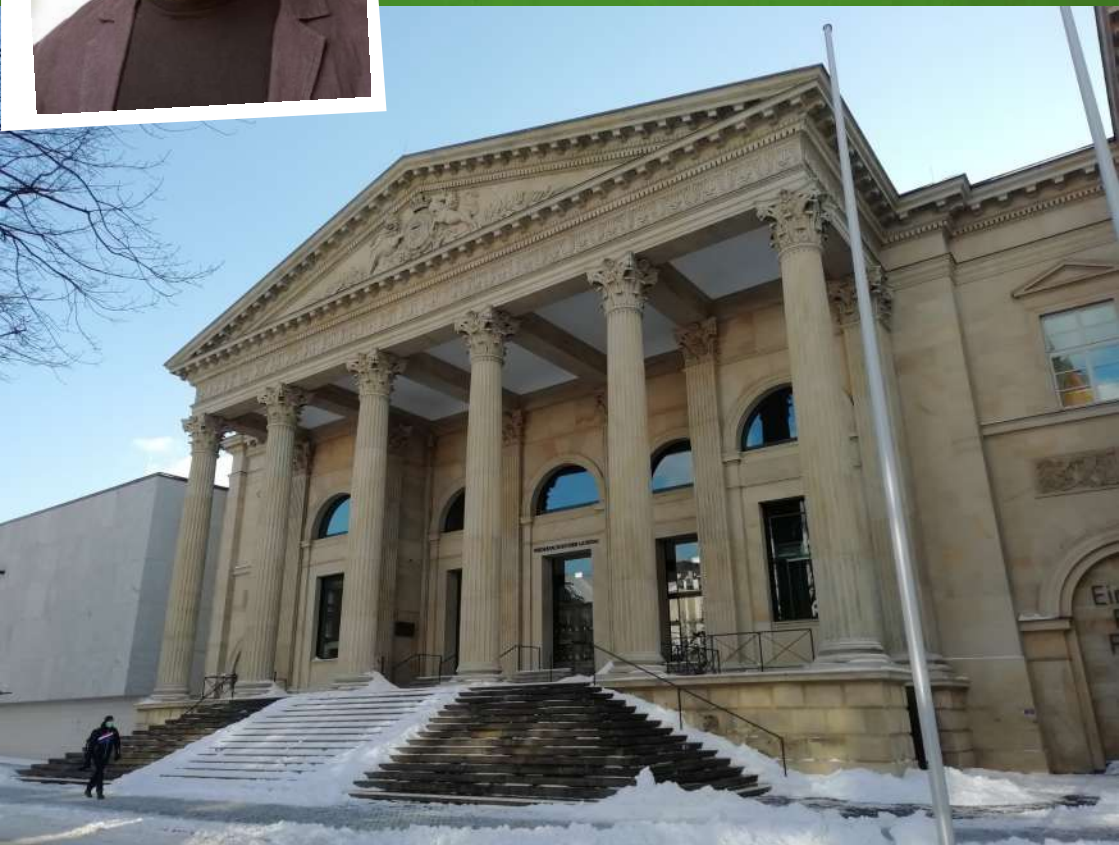
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Helge Limburg

Newsletter

Januar & Februar 2021



THEMEN

Neujahrsempfang Holzminden | Corona-Sonderausschuss | Aus dem Landtag | Klage gegen die Landesregierung | Förderabgabe für Öl und Gas | Kulturinitiative | Verfassungsschutzreform | Ein Jahr Hanau | Zum Umgang mit der AfD in Parlamenten



Liebe Interessierte!

Das Jahr 2021 ist erst etwas mehr als 2 Monate alt und gleichwohl ist bereits viel geschehen. Die Coronapandemie und die drastischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beschäftigen uns nach wie vor. Die gute Nachricht ist, dass es Licht am Ende des Tunnels gibt: Mit steigender Impfquote, zurückgehenden Belegungszahlen auf den Intensivstationen und mehr Testungen entstehen Möglichkeiten, die drastischen Maßnahmen zu lockern. Gleichzeitig müssen wir weiterhin Schutzmaßnahme einhalten und wachsam sein: Die Gefahr ist leider noch nicht vorbei und wir alle müssen weiterhin zusammenstehen (ideell) und Abstand halten (physisch), um Ansteckungen und Übertragungen möglichst zu vermeiden. Leider bieten auch die neuesten Beschlüsse der

Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident*innen zu wenig Verbesserungen und Unterstützung für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien. Unsere Aufgabe als Grüne ist es weiterhin, hier Verbesserungen, Erleichterungen und bessere Unterstützungen einzufordern.

Dieses Jahr hat mit dem Sturm rechtsextremer Trump-Anhänger*innen auf das US-Kapitol nicht nur bereits einen massiven rechtsextremen Angriff auf demokratische Grundwerte erlebt, sondern auch zwei traurige Jahrestage: Vor etwa einem Jahr ermordete ein Rechtsextremer im hessischen Hanau 10 Menschen aus rassistischen Motiven. Und kurz zuvor wurde der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der rechtsextremen AfD zum Kurzzeitministerpräsidenten von Thüringen gewählt. All diese Ereignisse unterstreichen, wie wichtig es ist, dass wir alle täglich für Vielfalt und Demokratie eintreten und friedlich unsere rechtsstaatlichen und demokratischen Grundwerte verteidigen.

Dieses möchte ich bald im Deutschen Bundestag tun. Ich bin leidenschaftlicher Landtagsabgeordneter, aber nach zwölf Jahren im Landtag möchte ich gerade im Bereich der Justiz- und Innenpolitik in das Parlament wechseln, in dem die grundlegenden gesetzgeberischen Entscheidungen fallen und bewerbe mich um ein Mandat im Deutschen Bundestag. Auch die weitere Vertiefung der europäischen Einigung, die Verteidigung offener Grenzen und die Schaffung eines echten sozialen Europas sind Herzensanliegen für mich. Dafür hoffe ich auf eure Unterstützung und auf zwei gemeinsame engagierte Wahlkämpfe: Für starke Grüne in den Niedersächsischen Kommunen und im Deutschen Bundestag!

Herzliche Grüße

Helge Limburg

Neujahrsempfang

Neujahrsempfang Holzminden - Reflexion und Ausblick

Anfang des Jahres fand der digitale Neujahrsempfang der Grünen im Kreis Holzminden statt. Mit vielen vertrauten Gesichtern, und als Gast die Bundestagskandidatin der Grünen Jugend Niedersachsen, Karo Otte, diskutierten wir über die politischen Ereignisse des vergangenen und des kommenden Jahres. Wichtige Themen waren Klimaschutz, Wirtschafts- und Energiepolitik, soziale Gerechtigkeit und Gesundheitspolitik.

Ich sprach über die große Bedeutung einer rechtsstaatlichen Demokratie, gerade auch nach den Geschehnissen in den USA, dem Sturm auf das US-Kapitol. Wir haben trotz aller negativen Aspekte des letzten Jahres zum Glück auch gesehen, dass man in Deutschland die Geschichte nicht vergessen hat. Als der FDP-Politiker Kemmerich sich in Thüringen mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ, sorgte ein riesiger Aufschrei der demokratischen Zivilgesellschaft in der gesamten Republik dafür, dass Kemmerich schon einen Tag später zum Rücktritt gedrängt wurde. Sollte ich in den Bundestag einziehen, freue ich mich darauf, mich in Berlin für das Weserbergland als weltoffene und tolerante Region stark zu machen.



Corona-Sonderausschuss

Anhörung im Corona-Sonderausschuss

Bei der Anhörung im Corona-Sonderausschuss am 18. Januar hat sich natürlich bestätigt, dass die Corona-Krise leider noch lange nicht vorbei ist. Wir brauchen weiterhin konsequente Schutzmaßnahmen. Dabei müssen die Belange von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien viel stärker als bislang berücksichtigt werden.

Vor allem kann es aus meiner Sicht nicht sein, dass sich Maßnahmen allein auf den privaten Bereich beschränken. Wir brauchen viel mehr Homeoffice als bislang, nicht bloß mit Appellen sondern mit klaren rechtlichen Vorgaben - dafür setzen wir uns als Grüne weiterhin im Landtag ein!



Aus dem Landtag

- ▶ Rede: Zum Gesetzesentwurf der FDP zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung
- ▶ Rede: Zum Gesetzesentwurf der FDP über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung
- ▶ Rede: Aktuellen Stunde der CDU zum Thema "Linksextremismus"
- ▶ Rede: Zum Gesetzesentwurf zur Änderung des Nds. Gesetzes über Verordnungen und Zuständigkeiten
- ▶ Rede: Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadensordnung anpassen



Aus dem Landtag

- ▶ Kleine Anfrage: Wie kindgerecht ist die niedersächsische Justiz?
- ▶ Kleine Anfrage: Fragen zu gemeinnützigen Körperschaften und „Anzeigen“ bei den Finanzämtern
- ▶ Kleine Anfrage: Rechte Straftaten im vierten Quartal 2020
- ▶ Kleine Anfrage: Landkreisüberschreitende Lagerstättenwassertransporte: Entspricht die Wintershall Dea GmbH künftig mehr Lagerstättenwasser im Untergrund von Barnstorf?
- ▶ Kleine Anfrage: NOZ: „Geheimsache Wolf“ - Welche Abschussgenehmigungen für Wölfe bestehen in Niedersachsen?
- ▶ Kleine Anfrage: Ist Kritik an illegalen Wolfstötungen unerwünscht? Warum hat das Umweltministerium ehrenamtliche Wolfsberater entlassen?
- ▶ Kleine Anfrage: Unterstützt Niedersachsen die Zivilgesellschaft in Belarus?
- ▶ Kleine Anfrage: Reichskriegsflaggen im Schulalltag
- ▶ Kleine Anfrage: Konsequenzen aus den erfolglosen Ermittlungen rund um die Görde Morde
- ▶ Dringliche Anfrage: Sorgen die neuen Verabredungen der Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz für mehr Infektionsschutz und Planungssicherheit, eine langfristige Strategie und deutlich mehr Homeoffice?

Staatsgerichtshof Bückeburg

Unsere Klage gegen die Niedersächsische Landesregierung

Bereits im Mai letzten Jahres haben wir gemeinsam mit der FDP vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg (dem Landesverfassungsgericht) eine Klage gegen die Niedersächsische Landesregierung eingereicht. Hintergrund ist, dass sich bis dahin die Landesregierung weigerte, die Verordnungen über die Anti-Corona-Maßnahmen dem Landtag vor in-Kraft-Treten zuzuleiten. Unmittelbar nach Einreichung der Klage, die ich als Prozessvertreter der Grünen Landtagsfraktion maßgeblich mitverfasst habe, ist die Landesregierung dazu übergegangen, uns die Verordnungsentwürfe vorab zuzuleiten und damit die oben beschriebene öffentliche parlamentarische Diskussion erst zu ermöglichen. Da sie sich aber vorbehält, davon jederzeit wieder abzuweichen, haben wir das Klageverfahren fortsetzen müssen. Am 21. Januar fand nun endlich die mündliche Verhandlung statt. Dort habe ich im Gerichtssaal unsere Argumente für eine notwendige Einbindung des Landtages in diese Entscheidungen und letztlich auch bei möglichen vergleichbaren Situationen in Zukunft vorgebracht. Am 9. März, also kommenden Dienstag, findet die Urteilsverkündung statt.



Förderabgabe für Öl & Gas

Fatal für den Klimaschutz: Die Landesregierung will die Förderabgabe für Öl und Gas senken

Die Landesregierung hat beschlossen, die Förderabgabe für Öl und Gas zu senken. Das ist nicht nur ein fatales Signal für den Klimaschutz, sondern sorgt auch dafür, dass alle Landesregierungen bis 2030 riesige Geldsummen an die fossile Industrie abgeben. Dabei brauchen wir genau das Gegenteil: Einen Ausstieg aus der Öl- und Gasförderung und eine Verpflichtung der fossilen Lobby, für die Klima- und Gesundheitsschäden, die sie verursacht hat, aufzukommen.

Mehr zu unseren Forderungen findet ihr [hier](#).



Das Theater zu Besuch

Ein Gespräch mit der Dramaturgin Friederike Schubert

Dank einer Initiative des Ensembles vom Staatstheater Hannover konnte ich mit der Dramaturgin Friederike Schubert ins Gespräch kommen. Wir haben uns über die große Bedeutung von Kunst und Theater in der Gesellschaft unterhalten, über die Schönheit von Hannover, über Parallelen zwischen Theaterinszenierung und Politik im Landtag und über die Rolle von Theater für gesellschaftliche Veränderungen. Vielen Dank für den wichtigen Austausch!

Hier findet ihr mehr über die Initiative.



Reform des VS

Demonstration gegen die Reform des Verfassungsschutzgesetzes in Niedersachsen



Am 11. Februar gab es vor dem Landtag eine Demonstration gegen die Reform des Verfassungsschutzgesetzes in Niedersachsen. Organisiert wurde sie maßgeblich durch die Grüne Jugend Niedersachsen. Viele Punkte dieser Reform sind höchst problematisch, so zum Beispiel dass die Selbstauskunft beim Verfassungsschutz erschwert werden soll, die Beobachtung von Minderjährigen erleichtert und ausgeweitet wird und der Einsatz von V-Leuten ausgeweitet werden soll. Gerade letzteres führte immer wieder dazu, dass rechte Netzwerke finanziell unterstützt wurden. Eine Ausweitung dieser Methode ist eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung.

Ein Jahr Hanau

Wir gedenken dem rassistischen Anschlag in Hanau

Ferhat Unvar
 Hamza Kurtović
 Said Nesar Hashemi
 Vili Viorel Păun
 Mercedes Kierpacz
 Kaloyan Velkov
 Fatih Saraçoğlu
 Sedat Gürbüz
 Gökhan Gültekin



Am 19. Februar letzten Jahres wurden diese Menschen in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet. Heute wissen wir, dass man den Anschlag in dieser Form hätte verhindern oder zumindest schneller unterbinden können. Es gab keine Reaktion auf die Notrufe, ein Ausgang war versperrt und Hilfeleistungen wurden verweigert. Die Opfer, die Angehörigen und die Betroffenen haben eine vollständige und lückenlose Aufklärung verdient. Diese Tat muss Konsequenzen haben und wir müssen als Gesellschaft alles dafür tun, dass sich so etwas nicht wiederholt.

Input

Zum Umgang mit der AfD in Parlamenten



Ende Februar fand im Vorfeld zu den Kommunal- und Bundestagswahlen ein Online-Meeting statt, das von Christina-Johanne Schröder, Bundestagskandidatin im Wahlkreis Delmenhorst-Wesermarsch-Oldenburg-Land, organisiert wurde. Sprechen durfte ich dort zum Umgang mit der AfD in Parlamenten sowie zum Thema Informationsfreiheit. Bzgl. der AfD muss klar sein, dass keine der demokratischen Parteien mit dieser rechtsextremen Partei in irgendeiner Form zusammenarbeiten darf. Jeder, scheinbar noch so harmlose AfD-Antrag, der Stimmen von anderen Fraktionen erhält, ist für die AfD ein Erfolg bei dem Versuch, sich als normale Partei zu inszenieren. Informationsfreiheit ist ein Thema, das ich nicht nur weiterhin im Landtag vorantreiben möchte. Auch vor Ort können wir mit kommunalen Informationsfreiheitsgesetzen Schritte in Richtung mehr Transparenz unternehmen. Es war ein spannender Austausch, vielen Dank für die Organisation!



Regionalbüro Nienburg

Habt ihr vor Ort ein Anliegen? In meinem Wahlkreis steht mein Mitarbeiter Ralf Bürmann für euch zur Verfügung: wk.limburg@gltn.de

Bei Fragen oder Anmerkungen zum Newsletter meldet euch gern bei:
newsletter.limburg@lt.niedersachsen.de

Landtagsbüro Hannover

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

0511 3030-3305

0511 3030-993305

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an meine Büroleiterin:
helge.limburg@lt.niedersachsen.de /
lilit.baghdasaryan@lt.niedersachsen.de

Social-Media

Twitter



Facebook



Instagram



www.helge-limburg.de



www.fraktion.gruene-niedersachsen.de